

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
§ 1. Themenstellung	1
§ 2. Überblick über den Gang der Darstellung	4
1. Teil. Die deduktive Struktur juristischer Entscheidungsbegründungen	14
• I. Herkömmliche Darstellungen juristischer Entscheidungsbegründungen als Syllogismen	14
§ 3. Erläuterungen an einem einfachen Beispiel	14
§ 4. Eine nähere Betrachtung des Syllogismus	18
1. Die Prämissen des Syllogismus	18
a) Die universelle Norm	18
b) Die semantische Interpretation der Norm	22
c) Die Tatsachenfeststellungen	26
2. Die Konklusion	28
3. Die Folgerungsbeziehung	29
II. Rekonstruktion und Erweiterung des syllogistischen Modells mit den Mitteln der formalen Logik	31
§ 5. Die logischen Hilfsmittel	31
1. Junktorenlogik	31
2. Quantorenlogik	39
3. Deontische Logik	43
§ 6. Das Hauptschema einer juristischen Entscheidungsbegründung	48
III. Einwände gegen das deduktive Begründungsmodell	58
§ 7. Die Leistung der Logik.	59
§ 8. Die erkenntnistheoretische Problematik der Gesetzesanwendung	63
§ 9. Die semantische Struktur von Gesetzesbegriffen	67
1. Vage Begriffe	67
2. Typusbegriffe	73
§ 10. Die formale Struktur von Gesetzen	78
1. Einzelfall- und Maßnahmegesetze	79
2. Finalprogramme	85
a) Gesetzesakzessorisches Ermessen.	85
b) Planungsermessen	91
3. Prinzipien	97
§ 11. Die pragmatische Funktion von Gesetzen.	104
IV. Leistungen des deduktiven Begründungsmodells	112
§ 12. Gesetzesbindung und Deduktion	112

§ 13. Gleichbehandlung	113
§ 14. Rechtssicherheit	114
§ 15. Begründung und Kritik	115
2. Teil. Gesetzesauslegung und Rechtsfortbildung	119
I. Die normativen Prämissen deduktiver Hauptschemata und ihre Begründungsprobleme – Ein Überblick	119
II. Semantische Interpretationen gesetzlicher Normformulierungen	126
§ 16. Was heißt „semantische Interpretation eines gesetzlichen Ausdrucks“?	126
1. Konkretisierung der Fragestellung	126
2. Was sind die Bedeutungen sprachlicher Ausdrücke?	127
a) Das semiotische Dreieck	128
b) Kritik am Begriff der Intension	133
aa) Der ontologische Status von Intensionen.	133
bb) Der Zusammenhang von Intension und Extension.	145
c) Die Abgrenzung von Semantik und Pragmatik.	151
3. Wodurch erlangen sprachliche Zeichen ihre Bedeutungen?	158
§ 17. Die semantische Interpretation gesetzlicher Ausdrücke als Auslegung des Gesetzes	163
1. Das Ziel einer Gesetzesauslegung.	163
2. Die tradierten juristischen Auslegungsregeln	166
a) Der Kernbestand an Regeln	166
b) Ergänzungsvorschläge	172
c) Erforderlichkeit und Möglichkeit einer Rangordnung von Auslegungsregeln	176
3. Zur Rolle von Präjudizien und Dogmatik	184
§ 18. Die Anwendung der Auslegungsregeln. Schwierigkeiten und Grenzen.	188
1. Die Ermittlung des semantischen Gehalts	188
a) Schwierigkeiten einer empirischen Bedeutungsforschung	188
b) Mehrdeutigkeit und Inkonsistenz	191
c) Vage Begriffe	194
d) Wertbegriffe	201
e) Prognosebegriffe	206
f) Typusbegriffe	209
2. Wortsinnfestsetzungen im Lichte der gesetzgeberischen Zweckvorstellungen.	210
a) Die Zwecke des Gesetzgebers	211
b) Die formale Struktur einer subjektiv-teleologischen Auslegung	215
c) Die Notwendigkeit von Realanalysen	219
3. Wortsinnfestsetzungen im Lichte der sogenannten ratio legis: objektiv-teleologische „Auslegung“ oder Folgenberücksichtigung?	221
a) Objektiv-teleologische „Auslegung“	222
b) Folgenberücksichtigung	227
III. Ergänzungen gesetzlicher Tatbestände	236
§ 19. Ermessensermächtigungen	236
1. Die Bindung an den (die) Normzweck(e).	236
2. Die Bindung an den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und die Grundrechte	239
3. Zweckmäßigkeitserwägungen der Verwaltung	242
§ 20. Prinzipienkollisionen	244

IV. Rechtsfortbildung	246
§ 21. Arten der Rechtsfortbildung	246
1. Begriffliche Festlegung	247
2. Die Zuordnung von Rechtsfortbildungen in der Rechtswirklichkeit	249
a) Semantische und syntaktische Probleme bei der Ermittlung des Gesagten	249
b) Vom Gesagten freigestellte Entscheidungen	251
c) Vom Gesagten verbotene Entscheidungen	252
§ 22. Die Zulässigkeit von Rechtsfortbildungen	253
1. Der Lückenbegriff als Abgrenzungsinstrument	254
2. Die verfassungsrechtliche Funktionenordnung als Abgrenzungsinstrument	254
§ 23. Begründungen für Rechtsfortbildungen	257
1. Der Vorrang des Gewollten vor dem Gesagten – teleologische Argumente gegen den Wortsinn	257
2. Die juristischen Schlußformen	258
a) Argumentum a fortiori	259
b) Analogieschluß (argumentum a simili oder a pari)	259
c) Argumentum e contrario	260
3. Über den Plan des Gesetzgebers hinausgehende Zielsetzungen	261
V. Verfassungskonformität der normativen Prämissen	262
§ 24. Die Maßgeblichkeit der Verfassung in allen Rechtsgebieten	263
§ 25. Voraussetzungen und Grenzen verfassungskonformer Gesetzesauslegung und Rechtsfortbildung	266
3. Teil. Sachverhaltsfeststellungen	271
§ 26. Grundlagen der Begründungslehre für den empirisch-deskriptiven Bereich	271
1. Festlegung eines Ausgangspunkts für Sachverhaltsanalysen	272
2. Die einfachste grammatische Form einer Sachverhaltsannahme	273
3. Bestätigungsdichotomie: Unmittelbares Beobachten oder Erschließen	274
a) Die zu bestätigenden Sachverhaltsannahmen	275
b) Grenzen der Bestätigung durch Beobachten	276
§ 27. Das Erschließen von Sachverhaltsannahmen	277
1. Struktur und notwendige Prämissen	277
2. Charakterisierung des generalisierten Konditionals	279
a) Das generalisierte Konditional als Sprachregel	279
b) Das generalisierte Konditional als Rechtsregel	282
c) Das generalisierte Konditional als empirische Behauptung	283
I. Verwendungsregeln für das Arbeiten mit Erfahrungssätzen	283
§ 28. Das Hempel-Oppenheim-Schema: Erklärung, Prognose, Retrodiktion	283
§ 29. Deterministische Erfahrungssätze	285
§ 30. Statistische Erfahrungssätze	287
1. Das Abtrennungsverbot in statistischen Systematisierungen	287
2. Abtrennung mit modaler Qualifizierung	288
a) Wahrscheinlichkeit von Einzelereignissen	289
b) Die Bedeutung von „Wahrscheinlichkeit“	289
aa) Die klassische Wahrscheinlichkeitsdefinition	289
bb) Die Grenzwertdefinition	290

cc) Die subjektive Definition	291
dd) Die Deutung als theoretischer Begriff	292
c) Ketten und Paare statistischer Systematisierungen – Intuitiver Zugang	293
§ 31. Exkurs: Grundbegriffe der mathematischen Wahrscheinlichkeitstheorie	294
1. Axiomatische Charakterisierung des Wahrscheinlichkeitsbegriffs	295
2. Das Zufallsexperiment	295
3. Der Stichprobenraum	296
4. Die Kolmogoroff-Axiome	296
5. Das allgemeine Additionsprinzip	297
6. Einige Theoreme	298
7. Die bedingte Wahrscheinlichkeit	298
8. Multiplikationsprinzip und statistische Unabhängigkeit	299
§ 32. Das Kettenproblem bei statistischen Systematisierungen	300
§ 33. Das Mehrdeutigkeitsproblem bei statistischen Systematisierungen	303
§ 34. Zwischenresümee	306
§ 35. Die juristische Diskussion zur Bestätigung von Sachverhaltsannahmen	307
1. Rupert Schreiber	310
2. Anders Stening	312
§ 36. Wahrscheinlichkeitsmathematische Operationen bei Identitätsfeststellungen	316
1. Das Multiplikationsprinzip	317
2. Das Bayestheorem	318
a) Die Grundidee – Likelihoodewägungen	319
b) Mathematische Ableitung	319
c) Die Ursprungswahrscheinlichkeit	320
3. Die mehrfache Anwendung des Bayestheorems	322
II. Die Geltung von Erfahrungssätzen	326
§ 37. Geltungsanspruch und Induktionsproblem	326
§ 38. Die Überprüfung deterministischer Erfahrungssätze	330
§ 39. Die Überprüfung statistischer Erfahrungssätze	332
1. Beschreibende und schließende Statistik	332
2. Verteilungstypen als statistische Oberhypothesen	334
3. Grundzüge des statistischen Testverfahrens	335
a) Absolute Likelihood und Likelihoodvergleich	335
b) Erwartungswert und Signifikanztest	337
c) Approximation der Binomialverteilung durch die Normalverteilung	339
§ 40. Die Bewährung von Erfahrungssätzen	341
1. Deterministische Erfahrungssätze	341
2. Statistische Erfahrungssätze	341
a) Punktschätzung	342
b) Intervallschätzung	343
4. Teil. Jenseits der Gesetzesbindung	346
§ 41. Die begründete Wahl zwischen Entscheidungsalternativen als Problem	346
§ 42. Die Wahl zwischen Entscheidungsalternativen als Nutzenmaximierung	348
1. Normative Entscheidungstheorie	348
a) Entscheidungssituationen	348
b) Allgemeine Regeln	349

c) Entscheidungsregeln	350
d) Tragweite	351
2. Utilitarismus und Sozialwahltheorie	353
a) Wie kann man Nutzen messen?	353
aa) Das Niveau von Maßskalen	353
bb) Nutzenmessung auf Ratioskalenniveau	354
cc) Nutzenmessung auf Ordinalskalenniveau und das Arrow-Paradoxon	356
dd) Paretooptimum	357
b) Die Unausweichlichkeit moralischer Rechtfertigung	358
§ 43. Die Wahl zwischen Entscheidungsalternativen als Gerechtigkeitsproblem	358
1. Gerechtigkeit als undefinierter Grundbegriff – Intuitionismus	359
2. Definition von „gerecht“ durch empirische Prädikate – Naturalismus	361
3. Konsensustheorien der Gerechtigkeit	363
a) Alternative Modelle der Konsensustheorien	366
aa) Semantische Analyse und moralische Rechtfertigung (R. M. Hare)	366
bb) Universalpragmatik und Diskurs (J. Habermas, R. Alexy)	367
cc) Gerechtigkeit als Fairness (John Rawls)	367
dd) Resümee	368
b) Das Einlösungsverfahren	370
c) Die Maßgeblichkeit der niedergelegten Gründe	371
§ 44. Begründungsanforderungen jenseits der Gesetzesbindung – Rückblick und Ausblick	373
Sachverzeichnis	377